



Prof. Dr. Ing. MICHAEL KAUFMANN MdB

KURZ-KNAPP-KAUFMANN

DER MONATSRÜCKBLICK (KW 14/23-17/23)

Nachfolgend finden Sie einen Überblick der Ereignisse und Themen, die uns im Monat April 2023 beschäftigt haben. Kontaktadressen für Fragen und Anregungen finden Sie am Ende dieser Zusammenfassung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit und viel Spaß beim Lesen,

Michael Kaufmann
Ihr Michael Kaufmann

FROHE OSTERN!



Bild: JanonLagerwall / Unsplash



PROF. DR.-ING. MICHAEL KAUFMANN, MdB
WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE





07. April 23

Die neue Kaufmann aktuell ist da!

Dahinter steckt immer ein kritischer Kopf. Blaue Ostern - mit der neuen Ausgabe von „Kaufmann aktuell“. Falls Sie die Zeitung in den kommenden zwei Wochen im Wahlkreis nicht in Ihrem Briefkasten finden, dann senden Sie uns eine Nachricht.



29. März 23

Nach wie vor gibt es zahllose ungeklärte Fragen zum Umgang mit der Coronapandemie. Einige davon beziehen sich auf die Beschaffung und Wirksamkeit der Impfstoffe und die erschreckend hohe Anzahl von Nebenwirkungen.

Darauf angesprochen hatte Karl Lauterbach im Heute Journal gesagt, dass es gut wäre, wenn die Impfstoffhersteller sich an den Schadenersatzzahlungen wegen Impfschäden beteiligen würden. Darum wollte ich in der Fragestunde des Deutschen Bundestags zunächst wissen, was Karl Lauterbach zu tun gedenkt, um die Impfstoffhersteller stärker in die Pflicht zu nehmen. Wir erinnern uns, in den Verträgen mit

Pfizer - und wahrscheinlich auch den anderen Herstellern - war jegliche Haftung der Pharmariesen ausdrücklich ausgeschlossen wurden.

Um es gleich vorwegzunehmen, meine Frage wurde - wenig überraschend - nicht beantwortet. Doch daraus entwickelte sich eine Fragerunde, die es in sich hatte. Angesichts der zahlreichen kritischen Nachfragen von mir und einigen meiner Fraktionskollegen geriet die zuständige Staatssekretärin zunehmend ins Schwimmen, verstrickte sich in immer mehr Widersprüche und wusste sich stellenweise nur noch mit eindeutigen Unwahrheiten zu helfen.

Weil diese Kaskade von Verschleierung, ausweichenden Antworten, Halbwahrheiten und offensichtlichen Lügen selbst für Regierungsverhältnisse außergewöhnlich ist, habe ich Ihnen im folgenden Video die wichtigsten Passagen einmal kommentiert zusammengestellt. Machen Sie sich selbst ein Bild davon wie verzweifelt das Gesundheitsministerium bemüht ist, die Wahrheit zu den Corona-Impfstoffen zu verschleiern. <https://youtu.be/Y6yeefXUsRY>

Moment mal, Herr Kubicki ...

Die FDP unterstützt
selbst die »dümmste
Energiepolitik
der Welt«



PROF. DR.-ING.
MICHAEL KAUFMANN MdB
WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE



13. April 23

Die FDP unterstützt selbst die „dümmste Energiepolitik der Welt“

„Riesen-Koalitionskrach um Atomausstieg“, titelt die „Junge Freiheit“. Der Artikel vermittelt den Eindruck, als gebe es kurz vor der endgültigen Abschaltung der letzten deutschen Kernkraftwerke Widerspruch von der FDP. Leider versäumt es die Zeitung, darauf hinzuweisen, dass die FDP geschlossen gegen den Antrag zur Laufzeitverlängerung gestimmt hat.

Immer wenn die FDP ihrer eigentlichen Wählerschaft in den Rücken fällt, gibt es gefälligen Theaterdonner von Wolfgang Kubicki. In der Sache muss ich ihm oft Recht geben, wenn er in diesem Zusammenhang von einem „dramatischen Fehler, der uns

ökologisch und ökonomisch noch teuer zu stehen kommt“ spricht. Und weiter: „Im Ausland wurden die Deutschen schon länger für die ‚dümmste Energiepolitik der Welt‘ gescholten. Ich finde nicht, daß wir diesen Titel weiter verteidigen sollten.“ — Sehr richtig. Aber: Genau das hat Herr Kubicki sogar höchst persönlich getan! Auch der von der Wochenzeitung unkritisch zitierte Christian Dürr, der sich wortreich gegen den Rückbau der Kernkraftwerke ausspricht, hat gegen den Notbremse-Antrag gestimmt.

Die FDP war immer schon eine Umfaller-Partei. Bei diesem ganzen Wortgeklingel müssen wir uns immer vergegenwärtigen, dass es diese Chaos-Politik ohne die Regierungsbeteiligung der FDP nicht gäbe. Wer die FDP für ihre vermeintliche Wirtschaftskompetenz wählte, hat auf dem Wahlzettel heute nur noch eine echte Alternative: Die Alternative für Deutschland.

**IM HINTERGRUND:
BERLIN BEI NACHT
OHNE KERNKRAFT.**

ÖKOIDEOLOGEN STOPPEN, KERNKRAFT ERHALTEN!



12. April 23

AfD-Kampagne: „Öko-Ideologen stoppen, Kernkraft erhalten“

In der Energiekrise steuert die Ampelregierung weiter auf den Abgrund zu: In fünf Tagen soll der Aus-Schalter für die letzten drei Kernkraftwerke endgültig umgelegt werden.

Was kommt danach?

Bestenfalls „nur“ höhere Strompreise.

Schlimmstenfalls:

Versorgungsausfälle, weil der Flatterstrom aus Wind und Sonne einfach nicht ausreicht, um die Wirtschaft am Laufen zu halten, Haushalte zu versorgen und die steigende Zahl an Elektroautos zu laden. [...]

Sie finden den vollständigen Text und weitere Kacheln zum Teilen auf der Seite „AfD Kompakt“:

<https://afdkompakt.de/2023/04/11/oeko-ideologen-aufhalten-ausstieg-aus-der-kernkraft-stoppen/>



WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE



10. April 23

ZDF über „Antifeministische Ideologie“

Wer die Familie als Stütze der Gesellschaft betrachtet, hängt nach Meinung des ZDF einer „antifeministischen“ Ideologie an.

Damit stellt sich der öffentlich-rechtliche Sender klar gegen das Grundgesetz. In Artikel 6 (1) steht: „Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.“ - eben weil die Familien grundlegend wichtig für die Gesellschaft sind.

Vorsicht!: Mit Ihren Rundfunkgebühren unterstützen Sie verfassungsfeindliche Bestrebungen - wie die des ZDF.

Der Abwertung der Familie und die Genderideologie haben die Zersetzung unserer Gesellschaft, die Entwertung unserer Werte zum Ziel.

Wer keine Werte mehr kennt, wird eher zum Opfer links-grüner Propaganda.

Für die AfD ist der Schutz und die Förderung unserer Familien wichtiger und selbstverständlicher Auftrag des Grundgesetzes.

WAHLKREIS



Mittwoch, 12. April 23: Eindrücke von unserem AfD- Infostand in Saalfeld . Wir waren mit dem Bürgermobil und der neuen informativen Zeitung „Kaufmann aktuell“ unterwegs.





Prof. Dr. Ing. MICHAEL KAUFMANN MdB

KURZ-KNAPP-KAUFMANN

DER WOCHENRÜCKBLICK

(KW 16/23)

Nachfolgend finden Sie einen Überblick der Ereignisse und Themen, die uns in der Kalenderwoche 16/23 beschäftigt haben. Kontaktadressen für Fragen und Anregungen finden Sie am Ende dieser Zusammenfassung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit und viel Spaß beim Lesen,

Michael Kaufmann
Ihr Michael Kaufmann

DIE NEUE „KAUFMANN AKTUELL“ IST DA!

In Ihrem Briefkasten in den Saalekreisen im Wahlkreis 195 finden Sie ab jetzt die neueste Kaufmann aktuell mit allen wichtigen Themen aus Ihrem Wahlkreis und der Berliner Politik. Sie haben meine Zeitung nicht in Ihrem Briefkasten gefunden? Dann senden wir Ihnen gerne eine zu. Wenden Sie sich an meine Bürgerbüros in Kahla, Saalfeld, oder Neustadt/Orla oder schreiben Sie uns eine Nachricht an: Michael.Kaufmann.wk@bundestag.de



PARLAMENTARISCHE SITZUNGSWOCHE

Mittwoch

Befragung der Bundesregierung mit Ministerin Annalena Baerbock, Ressort Außen und Bettina Stark-Watzinger, Bildung.

- Beide führten kurz ein: Baerbock war gerade von der Rundreise China, Südkorea und des G7-Außenministertreffens in Japan zurückgekehrt. Die Vertreterin feministischer Außenpolitik hatte erkannt, dass die Zusammenarbeit mit Deutschlands größtem Handelspartner China zwar wichtig wäre, betitelte China allerdings als „systemischen Rivalen“.
- Frau Stark-Watzingers Betonung lag auf dem von Ihrem Ministerium initiierten „Start-Chancen-Programm“, das sie auf eine Milliarde € aufsatteln will, damit benachteiligte Schüler an allgemeinen und berufsbildenden Schulen „speziell“ gefördert werden (gemeint sind Schulen mit einem erhöhten Anteil an Schülern mit Migrationshintergrund). Nach dem Motto: die Gießkanne soll's richten.
- Die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss steigt, auch die Zahl der Studienabbrecher bzw. höherer Bildungslehrgänge hält in Deutschland gem. einer OECD-Studie vom Oktober 22 im internationalen Vergleich nicht mit. So stieg diese Rate im internat. Vergleich von 2000 bis jetzt von 27% auf 48%, in Deutschland stieg die Rate auf 36%. Der Anteil der 20-34-jährigen in Deutschland ohne Schulabschluss ist im Jahr 2021 auf fast 14% gestiegen. Parallel konnten wir dieser Tage der Presse entnehmen, dass in Ludwigshafen 40 Erstklässler gemeinschaftlich sitzengeblieben sind.
- In dieser Republik brennt es an allen Ecken und Enden, aber die Feuerwehr, statt zu löschen, legt weitere Brände und keiner schafft Abhilfe.
- Frau Baerbock wurde von Petr Bystron auf einen internen Email-Schriftwechsel angesprochen, in welchem das AA angewiesen hat, auch in gefälschte Pässe Visa zu erteilen und somit wurden nach Beendigung der Militärmission in Afghanistan bis zu 2 Mio. Afghanen nach Deutschland geschleust.
- Es erfolgte seitens der Ministerin keine Erklärung sondern lediglich eine Zurückweisung der Vorwürfe, trotz vorliegender schriftlicher Beweise.

Allgemeine Fragestunde mit dem parlamentarische Staatssekretär Oliver Luksic vom Ministerium für Digitales und Verkehr

- Stephan Brandner, AfD, wollte wissen, wie feministische Digitalpolitik aussieht, „nachdem wir nun ja von Frau Schulze und Frau Baerbock wissen, dass sich feministische Außenpolitik anscheinend darauf beschränkt, den Einwohnern in Nigeria vorzuschreiben, wo sie ihre Dorftoiletten aufbauen sollen“.
- Aber hier gibt es überraschenderweise gem. Antwort des Staatssekretärs wohl keine Unterschiede in der geschlechtlichen Ausrichtung.

Aktuelle Stunde: Debatte über die Weiternutzung der Kernenergie auf Antrag der CDU/CSU

- Schon 2022 deklarierte das EU-Parlament in der sog. Taxonomie sowohl Gas, als auch Kernkraft als grüne Energien. Aktuelle Schlagzeile: USA leihen Polen 4 Mrd. Dollar für den Bau neuer Kernkraftwerke (Junge Freiheit), Deutschland ist aktuell die Dreckschleuder, was den CO₂-Ausstoß angeht. Durch Wiederinbetriebnahme von 19, teils uralten Kohlekraftwerken liegen wir bei rund 350gr.CO₂-Ausstoß pro KWh, während Frankreich bei gerade mal 33 gr. liegt. Somit hat Deutschland insgesamt 17 KKW abgeschaltet und wird in Zukunft Strom bei den französischen, belgischen oder polnischen Nachbarn einkaufen. Aber in der Ukraine findet unser WiMi die Atomkraft „ok, die sind ja gebaut..“
- Leif-Erik Holm in seiner Rede: Weil Sie die Kernkraftwerke nicht wollen, brauchen Sie noch mehr Gas zur Verstromung. Dafür brauchen wir neue Gaskraftwerke – 50 an der Zahl, noch keines ist in Planung –, und betrieben werden die dann mit teurem LNG. – Kann das noch jemand verstehen?

Es folgte eine Unterrichtung durch die Bundesregierung zum Thema Nationale Wasserstrategie (20/6110)

- Wieder einmal wurde der Klimawandel bemüht, um eine Rechtfertigung für das Abzocken der Bürger zu rechtfertigen und ihn zum Wassersparen zu ermahnen. Aber tatsächlich nimmt die Niederschlagsmenge keineswegs ab.
- Andreas Bleck in seiner Rede: „Der durchschnittliche Jahresniederschlag hat in Deutschland seit 1881 um 8 Prozent zugenommen. Wasserknappheit ist eher ein regionales, als ein nationales Problem...“ Tatsächlich benötigt man aber für den Leitungsbau wiederum Strom, der gerade aktuell durch das Verbot der Kernkraft verknappt und damit verteuert wurde. Wassersparen ist fehl am Platz aufgrund der entstehenden möglichen Keimbildung in den Leitungen. Das Problem der künstlichen Verteuerung soll also durch die Selbstbeschränkung der Verbraucher übertüncht werden. Das hat nichts mit bezahlbarer Grundversorgung zu tun. Im Übrigen schaut die rot-grüne Regierung weg, wenn es um kommerzielle Interessen geht.



- Beispiel: Tesla-Fabrik in Grünheide, die die regionale Wasserarmut verschärft. Was wirklich gebraucht wird ist: Sauberes, klares Wasser, welches frei ist von Schadstoffen als kostengünstige Grundversorgung und einen Ausgleich zwischen wasserreichen und wasserarmen Regionen.
- Es erfolgte Überweisung an den Ausschuss.

In akribischer Weise forderte der Antrag 20/3706 der AfD die Einsetzung eines 2. Untersuchungsausschusses.

- Sie stellte in einer Kurzchronologie die sozialen, wirtschaftlichen, finanziellen, gesellschaftlichen, gesetzlichen und politischen Maßnahmen der Bundesregierung während der Grippewelle namens Corona-Pandemie in 2020 und 2021 auf, die eine schier unübersehbare Kaskade an Folgen hatte.
- Dieser Ausschuss sollte auch die undurchsichtige Vergabe von Maskenverträgen, Impfstoffbeschaffung, Impfpflichten und gesundheitliche Folgeschäden beleuchten, plötzliche Geldregen für die Pharmakonzerne uvm.
- Aber wie es scheint, haben die Blockparteien auch hier kein Interesse, Licht ins Dunkel zu bringen:
- Die namentliche Abstimmung ging erwartungsgemäß mit geschlossener Einmütigkeit gegen die AfD aus

Donnerstag:

Die CDU/CSU forderte mit Antrag Nr. 20/6420 in erster Lesung in etwas in abgespeckter Version, was die AfD schon lange fordert:

- Parallel an diesem Donnerstag war der AfD-Antrag 20/4320 vom Nov. 2022 einmütig, sogar incl. der Linken vom Bundestag abgelehnt worden.
- Inhalt: Das Bundesministerium der Finanzen sollte alles Mögliche unternehmen, damit zügig und vollständig die Erstattungen aus allen Cum-Ex-Verfahren und Cum-Cum-Verfahren durch die Länderfinanzbehörden geltend gemacht werden.
- Nun fordert die CDU einen Untersuchungsausschuss Warburg-Bank.
- Diesem wird die AfD letztlich zustimmen.
- Durch Überweisung an den Ausschuss für Wahlprüfung und Geschäftsordnung könnte der Antrag jedoch zum Scheitern verurteilt sein, weil dort die SPD die Mehrheit hat und diese die Zuständigkeit des Bundes bezweifelt.

In zweiter und dritter Lesung wurde der Gesetzesantrag Nr. 20/5549 der Koalition „zum Neustart der Digitalisierung der Energiewende“ vom Bundestag gegen die Stimmen der AfD und der Linken verabschiedet.

- Bis 2032 sollen also alle analogen Stromzähler (nicht fernauslesbar) gegen sog. Smart-meter getauscht werden. Damit kann der Stromanbieter nicht nur je nach Belieben Stromtarife z.B. bei bestimmtem Nutzungsverhalten individuell gestalten, nein, er kann z.B. auch feststellen, wenn man weitere Nutzer in der Wohnung hat, wann Sie aufstehen oder wann Sie Essen kochen usw. Wird die smart-meter Pflicht nicht in der vorgegebenen Frist eingebaut, kann der Strom abgeschaltet werden, es drohen empfindliche Bußgelder. Das Thema Elektrosmog-Belastung durch Mikrowellen, die auch auf die installierten Kupferleitungen im Haus einstreuen, und die nie abschaltbar sind, wollen wir an dieser Stelle gar nicht ansprechen. Diese digitalen „Überwacher“ würden es den Stromkonzernen auch erlauben, bei missliebigen Stromverhalten, den „Saft“ abzudrehen.

Während die Ampel im Kabinett die Änderung des GEG (Gebäudeenergiegesetz) bereits beschlossen hat, kämpfte die AfD mit Antrag Nr. 20/6415 gegen das Verbot von Öl- und Gasheizungen und mit 20/6416 dafür, das „Eigentum vor der Willkür in der Energiepolitik“ zu schützen.

- „Habecks Heizungshammer“ (ab 2024 müssen erneuerte Heizsysteme mit mind. 65% erneuerbaren Energien betrieben werden) gleicht nicht nur einer sozialistischen Enteignungsmaßnahme, weil sich viele „Häuslebesitzer“ eine solche teure Umrüstung gar nicht leisten können nein, es ist auch praktisch unmöglich, 60 Mio. Menschen auf Stromheizungen (Wärmepumpen) umzurüsten.
- 500.000 Wärmepumpen pro Jahr, so die Parole von Habeck, ist utopisch, sagte *Marc Bernhard, AfD*, in seiner Rede. „Das Heizen mit Strom ist zudem um 30 Prozent teurer als das Heizen mit Gas“.
- Die Anträge wurden überwiesen, wir kennen ihr Schicksal allerdings schon jetzt. Die TAZ (<https://taz.de/Wirtschafts--und-Klimaministerium/!5822657/>) weiß auch, warum Minister Habeck diese grünen „Hämmer“ so geräuschlos gegen die Verbraucher durchsetzen kann: Denn in seinem Ministerium arbeiten nun nicht mehr an sich politisch neutrale Beamte, sondern der Lobbyclan der Familie Graichen, welche die Öko-NGOs maßgeblich beherrscht.

Es erfolgten die routinemäßigen Anträge der AfD auf demokratische parlamentarische Beteiligung im Tagungsvorstand des Bundestags (Bundestagsvizepräsident) sowie des Parl. Kontrollgremiums.

- Sie dürfen raten, wie die Wahlen ausgingen...



Die Verleihung des höchsten Ordens der Bundesrepublik Deutschland, nämlich dem Bundesverdienstkreuz an Ex-Bundeskanzlerin Merkel durch den von ihr damals ins Amt gehobenen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier, stinkt nicht nur nach Vetternwirtschaft, das war aus vielen Gründen für die AfD ein zwingender Anlass, eine aktuelle Stunde zu verlangen.

- Stephan Brandners Rede war nicht nur inhaltlich, sondern auch gemessen an seinem Redetempo phänomenal. Grundtenor: Diese Frau gehört auf die Anklagebank und zur Rechenschaft gezogen für die katastrophalen Entscheidungen und Gesetzesbrüche gegen die Interessen des deutschen Volkes (<https://dbtg.tv/cvid/7552729>).

Gesetzesentwurf der Koalition „zur Änderung des Energiesicherungsgesetzes und des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen“ 20/5993

- „Mit diesem Energiesicherungsgesetz will sich die grün-kommunistische Bundesregierung selbst die Macht geben, Firmenkonzerne oder Privatleute zu enteignen, wenn sie sie, aus welchem Grund auch immer, zum Feind oder Gegner erklärt hat“, so Karsten Hilse in seiner Rede. „Bei der aktuellen Gesetzesänderung geht es darum, Rosneft, einen der Anteilseigner der PCK Schwedt, zu enteignen.“
- Der Gesetzesentwurf wurde in namentlicher Abstimmung, diesmal unter Ablehnung einer geschlossen auftretenden Opposition (CDU/AFD/LINKE) angenommen.

In erster Lesung wurde der AfD-Antrag Nr. 20/6276 „Vetorecht des Bundestages bei Waffenexporten in Konflikt- und Kriegsgebiete“ debattiert.

- Steffen Kotré, AfD forderte in seiner Rede ein Vetorecht des Bundestags bei Waffenlieferungen in Krisengebiete. So sagte er: Der Wissenschaftliche Dienst hat die Ausbildung ukrainischer Soldaten völkerrechtlich bewertet. Deutschland hat den gesicherten Bereich der Nichtkriegspartei verlassen. Die Bundesregierung riskiert, dass Deutschland auch formal zur Kriegspartei wird. [...] Die Ukraine hat nicht einmal den internationalen Waffenhandelsvertrag zur Einschränkung illegalen Handels unterschrieben (siehe Bericht von Europol aus Sommer 2022 <https://www.tagesschau.de/investigativ/swr/ukraine-krieg-waffenschmuggel-101.html>). Und gerade die aktuellen Kriegstreiber Bündnis90/die Grünen hatten noch im Jahr 2000 die „Politischen Grundsätze“ zur Ausfuhr von Rüstungsgütern neu gefasst und verschärft.
- Es erfolgte Überweisung in den Wirtschaftsausschuss.

Freitag

Abschlussbericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe über die gesundheitlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Kinder und Jugendliche (20/5650)

- Der Freitag begann mit einem Deja-vu. Hatten die Konsensparteien noch am Mittwoch den AfD-Antrag „Einsetzung einer Corona-Untersuchungskommission“ in namentlicher Abstimmung abgelehnt, durfte nun über oben genannten Abschlussbericht und die Versäumnisse der Bundesregierung debattiert werden.
- Bundesfamilienministerin Lisa Paus fand einen Zusammenhang zwischen den traumatisierten Kindern aufgrund der Wegsperrung während der staatlich verordneten Pandemie und der Klima- sowie Kriegskrise im Osten. Sie kündigte Mittel zur KITA-Aufstockung über vier Milliarden Euro an und ab Sommer werden sog. „Mental-Health-Coaches“ an den maroden (Anmerkung des Verfassers) Schulen nicht näher definierte Präventionsangebote liefern.
- Gesundheitsminister Lauterbach gestand Fehler ein „Die Schulschließungen hätte man nicht in dieser Länge nicht machen müssen.“, und kündigte Verbesserungen bei der Vorhaltung von Kinderarzneimitteln an. Das beruhigt uns alle sehr.
- Martin Reichardt, AfD sprach dagegen von totalitären Corona-Maßnahmen, wohlwissend, dass Kinder weder ein ernsthaftes Gesundheitsproblem mit dem Virus hatten, noch bedrohliche Spreader waren. Er forderte Lauterbach auf, sich persönlich zu entschuldigen und zurückzutreten.

Die CDU forderte am Freitag mit Antrag Nr. 20/6412 eine Forcierung der Umsetzung des „Smart-Cities“-Projektes unter anderem mit der Nationalen Dialogplattform unter Einbezug von ländlichen Regionen.

- Bereits seit 2016 arbeitet die Bundesregierung an der Umsetzung des Projektes unter anderem mit der Nationalen Dialogplattform. Es existieren Förderprogramme für willige Kommunen, die aktuell als Modellstädte den digitalen Wandel in der Verwaltung vorantreiben.
- Was plant die CDU in Wirklichkeit?
- Die AfD sieht in der fortschreitenden Digitalisierung der Verwaltungen, bis hin zu den Privaträumen der Menschen nicht nur Chancen:



Mit Antrag Nr.20/5618 fordert die AfD einen nationalen Aktionsplan

- Auch wendet sie sich gegen digitale Überwachung und Bespitzelung nach dem Vorbild Chinas, die ggf. ein Sozialkreditsystem befördern würde, gegen den Einsatz von Drohnen und Robotern – gerade bei Demonstrationen, gegen die erzwungene flächendeckende Ausstattung mit intelligenten Zählern, unkontrollierte Datenerhebung, KI, die eigenständige Entscheidungen trifft usw.
- Eine in Thinktanks bereits angedachte Abschaffung von demokratischen Wahlen aufgrund der Auswertung von Konsumentenverhalten darf es nicht geben.

Der letzte Tagungsordnungspunkt der Woche behandelte das Thema „Data-mining“, zu welchem das Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag einen Bericht erstellt hatte 20/5249.

- Der TAB-Bericht erkennt eine Unschärfe im Begriff und Nachbesserungsbedarf bzgl. Datenschutzrecht, Urheberrecht, Produktrecht, usw. Gleichzeitig fordert er Vereinheitlichung von Patientenakten zur verbesserten Meldung an zentrale Sammelstellen, und verbesserten Zugang auch von privaten, oder Pharmaforschungszentren zu Patientendaten. Allerdings sollen auch die Forschungsdaten der Konzerne für staatliche Institutionen zugänglich sein, die Pfizer-files in den USA sind hier gewissermaßen Vorlage.
- Die AfD lehnt die elektronische Patientenakte z.B. ab. Auch ist eine elektronische Therapieerstellung mit KI als sehr kritisch zu sehen.
- Zustimmung können wir allerdings bei der Offenlegung von Studien der Pharmaindustrie.
- Bei den weiteren Beratungen übernimmt der Ausschuss für Digitales die Federführung.



21. April 23

In meinem Bericht aus Berlin geht es in dieser Woche hauptsächlich um Habecks wahnsinnige und rücksichtslose Heizungspläne.

Sie haben es sicher schon aus den Medien entnommen, dass ab kommenden Jahr in Deutschland keine neuen Öl- und Gasheizungen mehr eingebaut werden dürfen. Dabei weiß niemand, wovon Bürger die stattdessen vorgesehenen teuren Wärmepumpen bezahlen sollen. Abgesehen davon gibt es nicht annähernd genügend Handwerker, um diese einzubauen. Diese irren Pläne der Ampel haben das Potenzial, viele Menschen in unserem Land wirtschaftlich zu ruinieren.

Wir als AfD haben uns in dieser Woche mit gleich zwei Anträgen gegen diesen Anschlag auf unser Eigentum zur Wehr gesetzt.

Weitere Themen:

Bosch schafft neue Arbeitsplätze. Nur nicht in Deutschland. Was kosten Abschiebungen? Und die durch nichts zu rechtfertigende Verleihung des Großkreuzes an Frau Merkel. Auch wenn ich Ihnen dieser Woche wieder manches unangenehme zu berichten habe, lassen Sie den Kopf nicht hängen. Wir werden täglich mehr, die sich gegen die Zerstörung unseres Landes zur Wehr setzen wollen. Das Video finden Sie unter folgendem Link: <https://www.facebook.com/watch/?v=583692803534419>



20. April 23

Nach der Debatte zu Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen

Ein Schnappschuss vom Ende der Bundestagsitzung heute gegen 23:10 Uhr mit Debatte zu Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen



18. April 23

Orden statt Gericht?

Ein ehemaliger Mitarbeiter im Kabinett Merkels, dem diese zum Posten des Bundespräsidenten verholfen hat, heftet ihr jetzt einen hohen Orden an.

Diese Frau hat Deutschland und dem deutschen Volk unermesslichen Schaden zugefügt:

Angefangen von den Exzessen der Eurorettungspolitik in der Finanzkrise, die über die Nullzinspolitik zur heutigen Inflation führten, dem parteitaktisch motivierten Ausstieg aus der Kernkraft, über die unkontrollierte Einwanderung mit ihren schlimmen Folgen bis hin zur Zerstörung der Demokratie durch den Eingriff in eine freie Wahl in Thüringen. Und das sind nur eini-

ge ihrer selbstherrlichen Entscheidungen. Merkel war der schlechteste deutsche Kanzler seit Hitler.

Die Frage, ob sich Merkel vor Gericht verantworten muss, steht durchaus noch im Raum. Die Mühlen der Gerechtigkeit mahlen langsam - aber unerbittlich.

VERMISCHTES



21. April 23

Die neue „Kaufmann aktuell“

Wer schlau ist liest Sie schnell, unsere „Kaufmann aktuell“

Ab jetzt in Ihren #Briefkasten im WK195 oder in unseren Wahlkreisbüros Saalfeld, Kahla, Neustadt/Orla

Wenn Sie ein Exemplar zugesendet haben möchten, schreiben Sie uns unter :

Michael.Kaufmann.wk@bundestag.de

Video: <https://www.facebook.com/watch/?v=246872344422885>



20. April 23

Bretterklos für 1,7 Millionen Euro

Das ist eine der Errungenschaften, auf die Berlin soo stolz ist.

Die Stadt hat sich Ende März 24 Bretterklos für 1,7 Millionen Euro gegönnt - immerhin eins für zweihunderttausend Einwohner.





Prof. Dr. Ing. MICHAEL KAUFMANN MdB

KURZ-KNAPP-KAUFMANN

DER WOCHENRÜCKBLICK

(KW 17/23)

Nachfolgend finden Sie einen Überblick der Ereignisse und Themen, die uns in der Kalenderwoche 17/23 beschäftigt haben. Kontaktadressen für Fragen und Anregungen finden Sie am Ende dieser Zusammenfassung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit und viel Spaß beim Lesen,

Michael Kaufmann
Ihr Michael Kaufmann

KOMMENTAR ZU POLITIK & TAGESGESCHEHEN

Wir werden **gezwungen**,
Wärmepumpen zu kaufen,
die von **US-Konzernen**
in **Osteuropa**
hergestellt werden

PROF. DR.-ING.
MICHAEL KAUFMANN, MdB
WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE

AfD

26. April 23

„Wärmepumpen-Deal“: Welche Interessen verfolgen die Grünen?

In Talkshows schwadronierte Grünsprecher Ricarda Lang noch davon, dass die Ampel-Zwangspolitik die mittelständische Wirtschaft in Deutschland fördern würde. Doch kaum steht der Wärmepumpen-Deal, wird schon der wichtigste deutsche Hersteller vom US-amerikanischen Klimaanlagenhersteller „Carrier Global Corporation“ übernommen. Produziert werden die Anlagen ohnehin in Polen: Viessmann eröffnete dafür extra in Liegnitz ein Werk mit 50.000 Quadratmetern Fläche.

Man kann das Ausmaß dieses Wahnsinns nicht oft genug wiederholen: Deutschen Hausbesitzern wird mit den eingeforderten

Heizungsumstieg eine regelrechte Zwangshypothek auferlegt, die Immobilien werden entwertet und selbstverständlich müssen am Ende auch die Mieter für die Renovierungskosten aufkommen. Es trifft also am Ende alle! Und dann bleibt das Geld volkswirtschaftlich gesehen noch nicht einmal im eigenen Land.





27. April 23

Nachlässige Buchhaltung in obersten Bundesbehörden ist erschütternd

Aus den Bemerkungen 2022 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Bundes – Ergänzungsband – des Bundesrechnungshofs (Drs 20/6530 – Seite 10-16) geht hervor, dass die Bundesregierung Parlament und Öffentlichkeit seit Jahren falsch über Einnahmeausfälle informiert. Ursache dafür sind gravierende Mängel bei Einnahmenbuchhaltung und Forderungsmanagement in einer Vielzahl von Einrichtungen des Bundes. So stellte der Bundesrechnungshof fest, dass im Jahr 2021 in den

acht geprüften Bundesministerien lediglich 3,8 Prozent der Einnahmeausfälle korrekt gebucht worden sind.

Der AfD-Bundestagsabgeordnete Michael Kaufmann, stellvertretendes Mitglied im Haushaltsausschuss, teilt dazu mit:

„Es ist geradezu erschütternd zu lesen, mit welcher Nachlässigkeit in zahlreichen obersten Bundesbehörden Buchhaltung betrieben wird. Jedes privatwirtschaftliche Unternehmen bekäme bei einer derart defizitären Buchhaltung erhebliche Probleme mit den Finanzbehörden. Im Gegensatz dazu scheint der Bund, bei den eigenen Einrichtungen seit Jahren ausgesprochen lockere Maßstäbe anzulegen und ständig beide Augen zuzudrücken. Man vergisst in der Bundesregierung und insbesondere im Finanzministerium wohl, dass gerade im Umgang mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger äußerste Sorgfalt geboten ist. Wo so offensichtlich mit zweierlei Maßstäben gearbeitet wird, muss man sich nicht wundern, wenn das Vertrauen der Bürger in die Politik mehr und mehr schwindet. Die AfD-Fraktion im Bundestag schließt sich den Forderungen des Bundesrechnungshofs nach umgehender Behebung dieser Mängel und wirksameren Kontrollen uneingeschränkt an.“

PARLAMEN TARISCHE SITZUNGSWOCH E

Mittwoch

Befragung der Bundesregierung mit Justizminister Marco Buschmann und Umweltministerin Steffi Lemke

- Buschmann führte mit ganz vernünftigen Aussagen zu den rechtswidrigen Aktionen der Klimakleber ein: Er pochte auf Einhaltung von Recht und Gesetz.
- Bestrebungen einer Chatkontrolle erteilte er eine Absage, diese haben im Rechtsstaat nichts zu suchen.
- Der subtil seit einiger Zeit auf das Thema Wasser, Wasserverknappung und Wasserversorgung gelegte Fokus der Regierung wegen angeblichem drohenden Mangels lässt nichts Gutes ahnen. Die vor kurzem aufgelegte „Wasserstrategie“ setzt aber tatsächlich mehr auf Angst, als auf Tatsachen, wie schon in der vergangenen Sitzungswoche durch Andreas Bleck in seiner Rede verdeutlicht.
- Frau Lemke verwies auf Wasserknappheit in Spanien. Dies ist allerdings nicht direkt ein deutsches Problem und wenn man die Ursachen beleuchtet, wird man sicherlich auch schnell auf das Thema intensivste landwirtschaftliche Nutzung durch hektargroße Gewächshausüberbauung usw. stoßen.
- Wir erfuhren im Laufe der Befragung ferner, dass es keine Bestrebungen gibt, die Wolfspopulation in Deutschland zu begrenzen, die man aktuell auf 2.700 Tiere schätzt.
- Weiteres Thema war das im Kabinett beschlossene, drohende Gebäudeenergieenergiegesetz, in dem es um Sanierungszwänge geht, was verfassungsrechtlich wohl bedenklich sein wird.
- Die Antworten des Ministers ergaben jedoch leider keinen Hoffnungsschimmer.



- Das Thema Abstammungsrecht, Kindschaftsrecht, Unterhaltsrecht war den Grünen sehr wichtig: Geplant sei ein großes „Paket“ zur Gleichstellung, so Buschmann. Es sollen z.B. auch sozusagen Vierer-Konstellationen in eine solche Gleichstellung mit eingearbeitet werden, also konkret, wenn sich zwei jeweils gleichgeschlechtliche Paare um die Erziehung aller (gemeinsamen) Kinder kümmern wollen, so sinngemäß Minister Buschmann. Der Fantasie aller möglichen Familien-Konstellationen sind also gewissermaßen gem. Gesetzgeber keine Grenzen gesetzt.

Fragestunde mit dem parl. Staatssekretär Oliver Luksic für Digitales und Verkehr.

- Die erste halbe Stunde bestritten zum großen Teil die Abgeordneten Schattner und Spaniel von der AfD mit Fragen zur Gewichtung von Autobahnen im Vergleich zum Streckennetz der Deutschen Bahn, zum Ausbau des ÖPNV im ländlichen Raum, zum Investitionsstau auf deutschen Straßen uvm.
- Die Antworten verwiesen zum großen Teil auf die Ausführungen von Kanzler Scholz vor den Osterferien: „Unser Land braucht mehr Tempo [...] für den Ausbau von LNG-Terminals, Infrastruktur beim Schienenverkehr, Brückenbau, Ingenieurbauwerke, Energienetzausbau sowie die Elektrifizierung der Verkehre...“
- Da aufgrund der Langatmigkeit in dieser mündlichen Befragung allerdings weniger als 50% aller vorhandenen Fragen beantwortet werden konnte, wird dieses Ressort auch in der kommenden Sitzungswoche wieder aufgerufen werden.

Aktuelle Stunde auf Verlangen der AfD, Thema „Vetterwirtschaft im Bundeswirtschaftsministerium von Robert Habeck: der Graichen-Clan.“

- Und hier in Kürze die Protagonisten und Inhalte:
- **Patrick Graichen** – wurde nach seiner Karriere bei **Agora Energiewende** parl. Staatssekretär im Ministerium von Herrn Habeck (laut Wikipedia ist er deutscher Lobbyist). Er war 2012 Mitbegründer der NGO Agora Energiewende, einer einflussreichen grünen Denkfabrik, die seither maßgeblich deutsche Energiewendepolitik geformt hat. Patrick Graichen hat zwei Geschwister in der **NGO Öko-Institut**, nämlich:
- **Jakob und Verena Graichen**, beide mit führenden Positionen: Verena Graichen wurde von Ihrem Ehemann, dem parl. Staatssekretär im WiMi Michael Kellner z.B. in den **Nationalen Wasserstoffrat** berufen, in dem auch Dr. Felix Matthes für das ÖKO-Institut sitzt. Der Wasserstoffrat ist einem Staatssekretärausschuss untergeordnet, in dem auch der Ehemann von Verena Graichen sitzt. Das Öko-Institut erhielt von Habecks Wirtschaftsministerium im vergangenen Jahr **3,5 Mio. €**. Agora und Öko-Institut haben, so Beatrix Storch in ihrer Rede, zusammen ein Papier veröffentlicht: **„Durchbruch für die Wärmepumpe“**.
- Agora Energiewende wiederum wird finanziert an der Spitze einer verschachtelten Finanzierungspyramide von dem Milliardär **Christopher Hohn** und weiteren Milliardären. Hohn verdient 2 Mio. € - am Tag und ist Hauptgeldgeber der **Klimaextremisten Extinction Rebellion**. Er verdient sein Geld mit einem **Immobilienfonds**, der über Hypothekendarlehen in Nordamerika und Europa investiert.
- Nun liegt es auf der Hand, dass die Deutschen aufgrund des von Graichen mitgeschriebenen Gesetzes in Kürze Hypotheken auf Ihre Immobilien aufnehmen müssen, um sich die teure Wärmepumpe leisten zu können. Und wenn das **Immobilienkredit** platzt, dann steht der **Hedgofonds von Hohn** schon bereit, um die Sahnestücke in Deutschland zu übernehmen. Aber noch nicht genug mit derzeit durch die Decke gehenden Preisen für Wärmepumpen:
- Wäre denn der Ertrag wenigstens noch in Deutschland geblieben, so ist es weit gefehlt. Ausgerechnet jetzt verkauft die traditionsreiche **Fa. Viessmann** ihre Wärmepumpensparte an den **US-Konzern Carrier** für 12 Milliarden Euro. Das deutsche Tafelsilber wird jetzt schnellstmöglich verramscht. Und wem gehört Carrier Global? Zu 86% institutionellen Anlegern, darunter **BlackRock** (siehe Herr Merz) und **Vanguard**. Es gibt aber auch Zufälle.
- In dem Moment, in dem Habeck und der Graichen-Clan die Deutschen zum Kauf von Wärmepumpen zwingen, übernimmt die globale Finanzindustrie die deutsche Wärmepumpenproduktion.... Und weiteres in der spannenden Rede von Beatrix von Storch: <https://dbtg.tv/cvid/7553023>

Namentliche Abstimmung über den Bundeswehreinsetzung zur Evakuierung deutscher Staatsangehöriger und berechtigter Personen

- Die Abstimmung ist deshalb erwähnenswert, weil das Ergebnis mit 661 Ja-Stimmen, 7 Enthaltungen und keiner Nein-Stimme historisch einmalig ist.

Bestrebungen der CDU/CSU und der AfD: Das Management der Wolfspopulation in Deutschland strikter fassen

- Die Zahl der von Wölfen getöteten Nutztiere hat sich trotz zunehmender Herdenschutzmaßnahmen innerhalb von nur zwei Jahren fast verdoppelt. Im Jahr 2020 seien etwa 4.000 Wolfsrisse in Deutschland gezählt worden.
- Die Bestrebungen, das Management der Wolfspopulation strikter zu fassen, wurden in namentlicher Abstimmung abgelehnt.



Namentliche Abstimmung zum Thema Bundeswehreinsatz im Mittelmeer im Rahmen der EU-Operation Eunavor Med Irini.

- Sinn und Zweck des Einsatzes ist die Durchsetzung des Waffenembargos gegen Libyen.
- Jan Nolte in seiner Rede: Der Verteidigungsminister vergaß zu erwähnen, dass wir gar keine Möglichkeit haben, Schiffe auf Waffen zu durchsuchen, wenn der Flaggenstaat dem widerspricht.
- Die Koa stimmte dafür, die geschlossene Opposition dagegen.

Antrag 20/6485 der AfD-Fraktion mit einer 11 Punkte-Forderung zum Schutz der Grenzen vor unregulierter Massenmigration

- Vor dem Hintergrund der nie dagewesenen Menschenströme nach Deutschland sollen sofortige temporäre stationäre Grenzkontrollen zur durchgehenden Sicherung der Landgrenzen eingeführt werden, Gewahrsamszentren an den Grenzen errichtet, sowie die Möglichkeit der Weiterleitung von Asylanträgen in Drittländer erarbeitet werden. Desweiteren sollen mit EU-Mitgliedern Verhandlungen zur gemeinsamen Überwachung von Grenzen incl. Bereitstellung des logistischen und finanziellen Bedarfs geführt werden.
- Der Antrag wurde überwiesen an den Ausschuss Inneres und Heimat.

Donnerstag

„Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung“ (20/6500)

- Mit diesem Gesetzesentwurf will die Bundesregierung die Qualifikation der Zuwanderer reduzieren, so stellt der CDU-Abgeordnete Throm in seiner Rede korrekt fest.
- Gerrit Huy, AfD sieht die Gefahr, dass somit noch mehr minderqualifizierte Einwanderer kommen, die sich dann langfristig eher im deutschen Sozialsystem wohlfühlen, als dass sie etwas dazu beitragen könnten, den Fachkräftemangel zu beseitigen [...] Tatsächlich heizt die Bundesregierung diesen eigentlich eher an, denn im letzten Jahr haben allein 185.000 Deutsche das Land verlassen, so Frau Huy.
- Der Gesetzesentwurf wurde an den Ausschuss Inneres und Heimat überwiesen.

Antrag der CDU (20/4675) zur Abmilderung des drohenden Gebäudeenergiegesetzes

- Den Antrag erteilte in 2./3. Lesung das gleiche Schicksal, wie eine Woche zuvor der Antrag 20/6415 der AfD in erster Lesung „Verbot von Öl- und Gasheizungen verhindern – Priorisierung der Wärmepumpen beenden“:
- Er wurde von der Koa abgelehnt.

3. Lesung: CDU-Antrag 20/4310 „Straßenblockierer und Museumsrandalierer härter bestrafen“

- Dieser Antrag wurde in 3. Lesung abgelehnt.
- Auch die AfD lehnte den fadenscheinigen „Klientelantrag“ der CDU ab.
- Thomas Seitz in seiner Rede: [...] Der Antrag der Union ist völlig ungeeignet, [...] und untauglich, weil der Spielraum der Justiz, wirksame Strafen zu verhängen, nur geringfügig erweitert werden soll, wie bei der Nötigung [...] denn es handelt sich tatsächlich um einen Verbrechenstatbestand [...] und es braucht eine Mindeststrafe von zwei Jahren, für den Fall, dass ein Mensch in die Gefahr des Todes kommt oder stirbt.

Schließlich stellte die Bundesregierung in der 1. Lesung den Evaluierungsbericht der Bundesregierung zum Kohlendioxid-Speicherungsgesetz (20/5145) vor.

- Es geht um CCS (Speicherung von CO₂ im Untergrund) und CCU (Abscheidung, Transport und anschließende Nutzung von CO₂). Später solle in der Carbon Management Strategie (CMS) festgelegt werden, wie CCU/S (Carbon Capture, Utilization and Storage) in ein Portfolio von Maßnahmen zur Erreichung von Treibhausgasneutralität in Deutschland eingesetzt werden könne.
- Karsten Hilse erinnerte: Selbst wenn die Hypothese stimmte, dass die menschengemachten CO₂-Emissionen das Klima maßgeblich beeinflussen, würde Deutschland nach den Formeln des selbsternannten Weltklimarates, die vermutete Erwärmung rein rechnerisch um nur 0,00056 Grad Celsius verringern, wenn es von heute auf morgen kein Gramm CO₂ mehr ausstieße
- Mit anderen Worten: Es ist offensichtlich, dass die gesamte Öko-Industrie einem imaginären Ziel hinterherläuft und dabei Milliarden Steuergelder verbrennt.
- Es folgte Überweisung in den Ausschuss.



Neue Aus- und Weiterbildungsinitiative der Bundesregierung „Stärkung der Aus- und Weiterbildungsförderung (20/6518)“

- Mit dieser Initiative sollte dem bereits am Donnerstag behandelten Thema des Fachkräftemangel begegnet werden.
- Während allerdings der Fachkräftemangel in Deutschland seltsamerweise erst seit dem Ausbruch der Flüchtlingskrisen vor knapp 10 Jahren an Fahrt aufgenommen hat.
- So stellte auch Norbert Kleinwächter, AfD in seiner Rede fest, dass von einer möglichen Ausbildungsgarantie nicht „normale Lehrlinge“ profitieren, sondern eher Flüchtlinge oder Ausbildungsabbrecher.
- Der Ausschuss Arbeit und Soziales berät weiter.

Erste der letzten drei namentlichen Abstimmungen der Woche, Thema: „Migrationspolitik. Für Humanität und Ordnung in der Asyl- und Flüchtlingspolitik“ (20/6540) von der CDU

- Der Antrag wurde schließlich mit Einigkeit aller Fraktionen gegen die CDU abgelehnt.
- Dabei ging der Antrag in manchen Teilen sogar noch weiter, als jahrelange Anträge der AfD in der Vergangenheit dies forderten.
- Aber in all den vergangenen Jahren wurden diese Anträge immer als rassistisch und rechtsradikal abgelehnt, so Bernd Baumann in seiner Rede. Diese Heuchelei konnte daher von der AfD nicht unterstützt werden.

Erneut: Thema Bundeswehreininsatz im Ausland ohne Eintritt eines Bündnisfalles, nämlich zur Unterstützung des Kapazitätsaufbaus der nigrischen Streitkräfte in Niger (EUMPM Niger) 20/6201 und 20/6571.

- Weiterhin sollen bis zu 60 deutsche Soldaten die feministische Außenpolitik der angeblichen deutschen Verantwortung durchsetzen.
- Auf Deutsch: es gäbe wichtigere Aufgaben, wie z.B. die deutsche Verteidigungsfähigkeit wieder herzustellen, so Gerold Otten in seiner Rede.
- In der Wahl stimmte die CDU schließlich für weiteren Einsatz, obwohl in der Debatte Jürgen Hardt von der CDU den weiteren Einsatz kritisiert hatte.
- Die Opposition aus AfD, Linke und Fraktionslos stimmten dagegen.

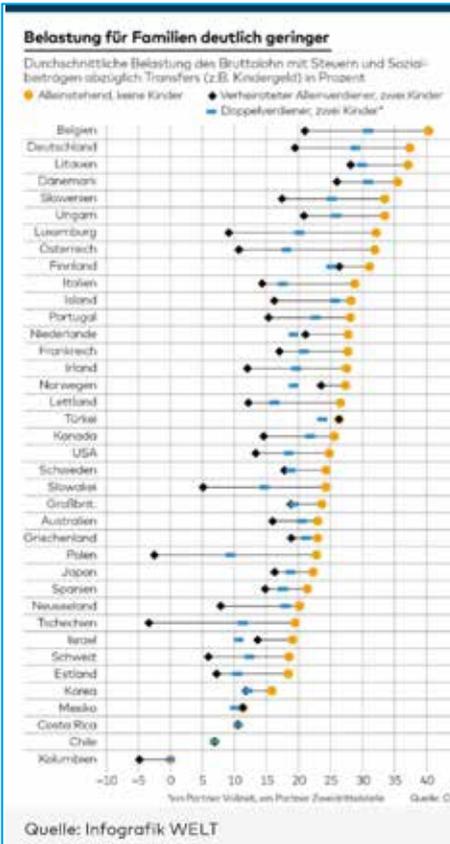
Die letzte der namentlichen Abstimmungen erfolgte gleich in der 1. Lesung zum AfD-Antrag „Änderung des Atomgesetzes“ (20/6189)

- Dann gab es noch weitere Initiativen von der AfD zum Thema: „Keine Rückbaugenehmigung für die am 15. April 2023 abgeschalteten Kernkraftwerke wegen drohender Strommangellage“ (20/6537)
- Und einen Gesetzentwurf zur Änderung des Atomgesetzes mit der Forderung nach einem Stopp des Rückbaus der Anlagen Isar 2, Emsland und Neckarwestheim 2 (20/6533).
- Die letzten beiden Entwürfe werden weiterberaten.
- Für die Änderung des Atomgesetzes, also den „Ausstieg aus dem Ausstieg“ stimmte letztendlich nur die Partei der Vernunft, nämlich die AfD.



27. April 23

Ein Foto nach dem Ende der heutigen Bundestagssitzung



25. April 23 **Die Gier des deutschen Staates:**

Nur in Belgien zahlen Alleinstehende noch mehr Steuern und Sozialabgaben als in Deutschland.

In unseren Nachbarländern Frankreich, Polen, Tschechien oder der Schweiz herrschen für Alleinerziehende und Familien aus deutscher Sicht traumhafte Zustände.

In Polen und Tschechien bekommen Alleinerziehende mit zwei Kindern im Schnitt sogar eine Lohnerhöhung vom Finanzamt (negative Steuer)



29. April 23 **Die neue „Kaufmann aktuell“**

Am Samstag waren wir wieder am AfD Infostand des AfD Gebietsverbandes Saalfeld-Rudolstadt, wo wir unter anderem die neue Ausgabe meiner Zeitung „Kaufmann aktuell“ verteilt haben. Um ein Exemplar zu erhalten, wenden Sie sich gerne an meine Wahlkreisbüros. Die Kontaktdaten finden Sie am Ende dieses Wochenrückblicks.



29. April 23 **AfD-Kundgebung in Erfurt**

Zukunft für Deutschland. Die Kundgebung der Thüringer AfD auf dem Erfurter Theaterplatz. Den Link zum Video finden Sie hier: <https://www.facebook.com/reel/622155263095506>



Impressionen unserer ersten Bundespressefahrt 2023 mit einer großartigen Reisegruppe aus meinem Bundestagswahlkreis 195. Die nächste Fahrt wird vom 25.06.-27.06.23 statt finden.

Wenn auch Sie das politische Berlin kennenlernen wollen, sind Sie herzlich dazu eingeladen. Anmelden können Sie sich unter: Michael.Kaufmann.wk@bundestag.de



KOMMENDE TERMINE IM APRIL:

BÜRGER MOBIL
DIE AfD-FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG VOR ORT!
5 für Thüringen



2. Mai | 10.00 - 13.00 Uhr
Mühlhausen / Steinweg

3. Mai | 11.00 - 12.00 Uhr
Meuselwitz / Markt
12.30 - 13.30 Uhr
Altenburg / Markt

4. Mai | 10.00 - 12.00 Uhr
Schleiz / Neumarkt
13.00 - 15.00 Uhr
Bad Lobenstein / Marktplatz

5. Mai | 11.00 - 12.00 Uhr
Gehren / Johannesstraße
13.00 - 15.00 Uhr
Ilmenau / Wetzlarer Platz
15.30 - 16.30 Uhr
Ilmenau / Am Rotstift



Öffnungszeiten der Wahlkreisbüros



KAHLA

Rudolf-Breitscheidstr. 4

Tel.: 03671 5 23 23 48

Di.: 13 - 17 Uhr

michael.kaufmann.wk@bundestag.de

NEUSTADT / ORLA

Puschkinplatz 6

Tel.: 036481 84 69 64

Di.: 13 - 17 Uhr / Do.: 13 - 17 Uhr

michael.kaufmann.wk02@bundestag.de

SAALFELD

Brudergasse 6

Tel.: 03671 5 23 23 48

Mo: 14 - 18 Uhr / Mi.: 12 - 16 Uhr

michael.kaufmann.wk@bundestag.de



Prof. Dr.-Ing.

Michael Kaufmann, MdB

www.Kaufmann-Michael.de



www.Kaufmann-Michael.de

Michael.Kaufmann@bundestag.de

[@AfDKaufmann](https://www.facebook.com/AfDKaufmann)

[@KaufmannAfD](https://www.instagram.com/KaufmannAfD)

[@KaufmannAfD](https://twitter.com/KaufmannAfD)

t.me/KaufmannAfD

V.i.S.d.P: Prof. Dr.-Ing. Michael Kaufmann, Deutscher Bundestag, Unter den Linden 50, 11011 Berlin, Tel.: +49 30 227 73557 Fax: +49 30 227 23 73557



WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE